

N i e d e r s c h r i f t

S p K F S / V I I / 0 7

Niederschrift über die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses der Gemeinde Rosendahl am 31.05.2007 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ausschussvorsitzende

Everding, Clara

Die Ausschussmitglieder

Isfort, Mechthild

Klostermann, Birgit

Niehues, Hubert

Schröer, Martin

Sölller, Hubert

als Vertreter für Herrn
Schulze Baek

Steindorf, Ralf

Weber, Winfried

als Vertreter für Frau bis einschl. TOP 6 ö.S.
Schnieder

Wünnemann, Werner

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea

Schriftführerin

Als Gäste zu TOP 2 und 3 ö.S.

Herr Bögge

Offene Jugendarbeit Ro- bis einschl. TOP 3.1 ö.S.
sendahl

Herr van Deenen

Kolpingsfamilie Osterwick bis einschl. TOP 3.1 ö.S.

Als Gast zu TOP 2 und 3 ö. S. sowie TOP 6 ö.S.

Herr Werremeier

Kreisjugendamt Coesfeld bis einschl. TOP 6 ö.S.

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Schnieder, Nadine

Schulze Baek, Franz-Josef

Beginn der Sitzung: 19:10 Uhr

Ende der Sitzung: 22:05 Uhr

Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Everding, eröffnete die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Werremeier vom Kreisjugendamt Coesfeld, den Teamleiter der Offenen Jugendarbeit Rosendahl, Herrn Bögge sowie den Vorsitzenden der Kolpingsfamilie Osterwick, Herrn van Deenen, die zahlreich erschienenen, vornehmlich jugendlichen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Sie stellte fest, dass mit Einladung vom 22. Mai 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Einstieg in die Tagesordnung stellte Fraktionsvorsitzender Steindorf den Antrag, den TOP 3.2. ö.S.

Antrag der WIR-Fraktion vom 15.05.2007 auf Überlassung eines gemeindlichen Gebäudes für die Umnutzung in ein Jugendhaus

von der Tagesordnung zu nehmen, da er dessen Beratung angesichts des TOP 3.1. ö.S. für überflüssig halte.

Ausschussvorsitzende Everding erläuterte die Intention der WIR-Fraktion für den zugrundeliegenden den Antrag, mit dem das beispielhafte Engagement der Jugendlichen und die hervorragende Arbeit des Teams der Offenen Jugendarbeit unterstützt werden sollte.

Fraktionsvorsitzender Weber konnte den Sinn einer Absetzung des TOP nicht nachvollziehen, da schließlich beide Tagesordnungspunkte bereits in einem übergeordneten TOP 3 zusammengefasst seien.

Ausschussmitglied Wünnemann schloss sich hingegen der Auffassung von Ausschussmitglied Steindorf an.

Sodann ließ die Ausschussvorsitzende über den Antrag auf Absetzung des TOP 3.2 ö.S. abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen

Damit war der TOP 3.2. ö.S. von der Tagesordnung abgesetzt.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Es bestand kein Berichtsbedarf.

2 Sachstandsbericht zur Offenen Jugendarbeit Rosendahl Vorlage: VII/512

Herr Daniel Bögge, Teamleiter der Offenen Jugendarbeit, gab einen ausführlichen

Sachstandsbericht zur Entwicklung der Offenen Jugendarbeit in allen drei Ortsteilen. Der Bericht ist der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt.

Anschließend gab er noch einen Überblick über die vorläufige Auswertung der Fragebogenaktion, die durch den Diplomanden der FH Münster, Herrn Mike Lachmann, wenige Wochen zuvor unter den Kindern und Jugendlichen in Rosendahl durchgeführt worden war. Diese ersten Ergebnisse sind der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Bericht von Herrn Bögge zur Offenen Jugendarbeit Rosendahl wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Konzeption zur Errichtung eines Jugendhauses in Rosendahl

3.1 Antrag des Jugendbeirates der Offenen Jugendarbeit Rosendahl vom 10.04.2007 auf Einrichtung eines Jugendhauses in Rosendahl Vorlage: VII/513

Ausschussvorsitzende Everding fasste den Antrag der Jugendlichen kurz zusammen und lobte deren Engagement. Sie verwies außerdem auf die im Vorfeld der Sitzung stattgefundene Ortsbesichtigung des Objektes Hauptstraße 13 in Osterwick.

Daraufhin erläuterte Bürgermeister Niehues den Hintergrund des Antrages und die daraus resultierenden Überlegungen zur Schaffung eines gemeinsamen Jugendhauses in Rosendahl. Aufgrund des von den Jugendlichen geäußerten Wunsches nach einem eigenen Jugendhauses seien die im Eigentum der Gemeinde Rosendahl befindlichen Gebäude geprüft worden. Dabei hätte sich das Objekt an der Hauptstraße in Osterwick als besonders geeignet erwiesen. Diese Tatsache hätte ihn dazu bewogen, dieses Gebäude einer genaueren - auch bauaufsichtlichen - Prüfung zu unterziehen, insbesondere hinsichtlich der ggf. zu tätigen Umbau- und Renovierungsmaßnahmen und eines möglichen Raumkonzeptes. Vor diesem Hintergrund sei auch die mit zahlreichen Rats- und Ausschussmitgliedern tags zuvor durchgeführte Besichtigung des Jugendhauses in Nordkirchen zu verstehen. Um mögliche Bedenken der unmittelbaren Anlieger berücksichtigen zu können, sei außerdem zwei Tage zuvor ein Informationsgespräch mit einigen eingeladenen Nachbarn geführt worden. Dieses Gespräch sei hilfreich gewesen und würde ggf. unter Beteiligung des Jugendbeirates fortgeführt. Er fasste anschließend noch kurz die in Nordkirchen gewonnenen Erkenntnisse für alle Anwesenden zusammen.

Abschließend wies er darauf hin, dass die in der Sitzungsvorlage geschilderten Möglichkeiten nur als Vorschlag zu verstehen seien, insbesondere angesichts der Tatsache, dass noch zahlreiche Finanzierungsfragen offen seien.

Herr Werremeier als Vertreter der Kreisjugendamtes erläuterte ergänzend die Hin-

tergründe der Einrichtung des Jugendhauses in Nordkirchen. Die Situation in Nordkirchen habe zahlreiche Parallelen zur aktuellen Sachlage in Rosendahl. Angesichts der unbefriedigenden Raumsituation in Rosendahl halte er die Suche nach räumlichen Alternativen für sinnvoll.

Ausschussmitglied Weber begrüßte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Überlegungen für ein gemeinsames Jugendhaus. Eine solche Einrichtung sei für die Fortführung einer guten Jugendarbeit wichtig und zur Zeit könne die Offene Jugendarbeit schon innerhalb kürzester Zeit sehr gute Ergebnisse vorweisen. Allerdings sei es ausgeschlossen, hierfür weitere Schulden zu machen. Eine Realisierung käme nur in Frage, wenn zur Finanzierung an anderer Stelle Ausgaben eingespart würden. Mögliche Bedenken der Anlieger könne er verstehen, er glaube aber, dass es keine Probleme geben dürfte, da auch zur Zeit keine Beschwerden geäußert würden. Abschließend wies er noch darauf hin, dass er im Falle einer Renovierung eindringlich von einer Innendämmung abrate.

Ausschussmitglied Steindorf lobte für die CDU-Fraktion den engagierten Einsatz des Teams der Offenen Jugendarbeit und das Engagement der Jugendlichen. Er kritisierte aber die schnelle Vorgehensweise zur Prüfung der Einrichtung eines Jugendhauses. Hierdurch würden Hoffnungen auf eine Realisierung geweckt, die aus finanziellen Erwägungen nicht erfüllt werden könnten. Seine Fraktion habe immer ausdrücklich betont, dass über den für die Offene Jugendarbeit gewährten Zuschuss von 50.000 € pro Jahr keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die Relation zur den freiwillig geleisteten Zuschüssen an die übrigen Rosendahler Vereine käme sonst aus dem Gleichgewicht.

Außerdem seien seiner Ansicht nach viele Fragen noch ungeklärt, so zum Beispiel bezüglich der tatsächlichen Renovierungskosten, die er höher als angegeben einschätze, oder hinsichtlich der Übernahme der Folgekosten für den Unterhalt des Gebäudes. Andere Nutzungsmöglichkeiten des Objektes Hauptstraße 13 sollten ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden, hierfür könne sich seine Fraktion auch eine andere Möglichkeit vorstellen.

Zusammenfassend halte es seine Fraktion für zu früh, hierzu eine Entscheidung zu treffen. Die Offene Jugendarbeit in Rosendahl sei erst seit einem halben Jahr unter neuer Leitung, wenngleich auch er den Erfolg zu würdigen wisse. Die Notwendigkeit der Verbesserung des Raumangebotes würde gesehen, hierfür schlage er jedoch eine neue Zeitplanung vor. Die Verwaltung solle zunächst beauftragte werden, weiter nach geeigneten Räumlichkeiten zu suchen. Außerdem solle ein nachhaltiges Finanzierungsmodell aufgestellt werden. Die endgültige Beratung und Entscheidung über eine mögliche Realisierung eines gemeinsamen Jugendhauses solle dann im Herbst 2008 im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 auf der Grundlage der bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Ergebnisse erfolgen.

Ausschussmitglied Wünnemann schloss sich für die SPD-Fraktion dem Lob der Vorredner für die Offene Jugendarbeit und das Engagement der Jugendlichen an. Aber auch seine Fraktion halte die Vorgehensweise zur Einrichtungen eines gemeinsamen Jugendhauses für zu schnell. Er teile auch die Bedenken hinsichtlich der Höhe der Umbaukosten. Zur Zeit sähe auch er keine finanziellen Möglichkeiten zur Umsetzung der Maßnahme. Er schlage vor, noch eine gewisse Zeit abzuwarten und die weitere Entwicklung zu beobachten.

Ausschussmitglied Weber erinnerte in diesem Zusammenhang an die für die beiden Kunstrasenplätze in Darfeld und Osterwick und den Ortskernausbau von Darfeld investierten Mittel. Er plädiere für eine vernünftige Jugendpolitik und bat die Fraktionen um eine klare Aussage für bzw. gegen ein Jugendhaus.

Ausschussmitglied Klostermann vertrat die Haltung der WIR-Fraktion, die die Einrichtung eines gemeinsamen Jugendhauses auch angesichts der damit verbundenen Kosten unterstütze. Die Motivation der Jugendlichen dürfe nicht verloren gehen, ein langer Zeitraum zur Realisierung halte sie daher für wenig hilfreich. Die Idee des Jugendhauses würde von ihrer Fraktion positiv begleitet, nun käme es darauf an, ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

Ausschussmitglied Schröder verwies auf den Einsatz seiner Fraktion für die Jugendarbeit durch Unterstützung der Aufstockung auf zwei Stellen in der Offenen Jugendarbeit. Es könnten aber nicht alle Wünsche gleichzeitig realisiert werden, die Verbesserung der personellen Ausstattung der Offenen Jugendarbeit in allen drei Ortsteilen hätte vor der Verbesserung des Raumangebotes Priorität gehabt. Nunmehr sei es wichtig, ein Finanzierungskonzept zu erhalten, dass für den Haushalt 2009 ggf. berücksichtigt werden könne.

Herr Werremeier gab zu bedenken, dass für Kinder und Jugendlichen lange Entscheidungszeiträume oft nicht nachvollziehbar wären; einige dürften ggf. aus diesem Prozess herauswachsen, ohne von dem Ergebnis profitieren zu können, was demotivierend wirken könne.

Herr Bögge erinnerte daran, dass es auch ein wichtiger gesetzlicher Auftrag der Offenen Jugendarbeit sei, Wünsche und Anregungen der Jugendlichen in den politischen Raum zu bringen und Jugendliche durch Dialog und Beteiligung einzubinden. Es seien keine Bedürfnisse bei den Jugendlichen geweckt worden; vielmehr seien diese Wünsche schon seit Jahren vorhanden. Für die Kinder und Jugendlichen sei dieser Entwicklungsprozess aber auch wichtig, denn so sei für sie erkennbar, dass aufgrund ihrer Initiative etwas in Gang käme. Allein dieses sei schon als ein Erfolg zu werten.

Ausschussmitglied Steindorf betonte, dass seine Fraktion die Wünsche der Jugendlichen verstehe und das Anliegen unterstütze. Es seien aber weitere Überlegungen zunächst notwendig. Dabei begrüße er ausdrücklich die Mitwirkung des Jugendbeirates, so zum Beispiel bei der Suche nach Sponsoren.

Ausschussmitglied Weber wies darauf hin, dass nicht allein die CDU-Fraktion, sondern alle Fraktionen einer Aufstockung der personellen Ausstattung der Offenen Jugendarbeit zugestimmt hätten. Er bat die CDU-Fraktion um Auskunft, welche andere Nutzungsmöglichkeit für das Objekt Hauptstraße 13 angedacht sei.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass noch zahlreiche Detailfragen zu klären seien. Hier läge zur Zeit sicher noch keine ausgereifte Lösung vor. Die Verwaltung würde die notwendigen Arbeiten in Angriff nehmen, so unter anderem auch die Suche nach anderen geeigneten Räumlichkeiten. Er halte es aber für notwendig, auch zwischenzeitlich dieses Thema in den Beratungen wieder aufzunehmen, da eine Darlegung der Ergebnisse erst im Herbst 2008 für die Jugendlichen entschieden zu spät sei.

Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Wünnemann wies darauf hin, dass bei einer möglichen Einrichtung eines gemeinsamen Jugendhauses in Osterwick die Busanbindung der beiden anderen Ortsteile (einschließlich Höven und Höpingen) gesichert sein müsse.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Kreis Coesfeld stattgefunden hätten, deren Ergebnis er bald mitteilen könne.

ten zu beraten. Die endgültige Ausgestaltung solle in Abstimmung mit den Anliegern erfolgen. Es sei außerdem sehr lobenswert, dass sich die Anlieger bei der Anlegung und anschließenden Pflege des Spielplatzes einbringen wollten.

Ausschussmitglied Wünnemann stellte für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit der Anlegung eines Spielplatzes in der Bauerschaft angesichts der dort reichlich vorhandenen Spielflächen für Kinder in Frage. Da aber der Grundstückseigentümer die Fläche bereitstelle, sollte auch die Gemeinde ihren Anteil leisten.

Ausschussmitglied Klostermann erkundigte sich danach, wer für den Spielplatz sicherheitsrechtlich hafte.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass aufgrund der Nutzungsvereinbarung mit dem Eigentümer ein öffentlicher Spielplatz angelegt werde, wodurch der Gemeinde die Verkehrssicherungspflicht obliege. Daher sei es auch unumgänglich, dass seitens der Gemeinde die Spielgeräte aufgestellt und gewartet würden.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Dem Antrag der betroffenen Familien aus Höpingen auf Anlegung eines Spielplatzes in Höpingen auf einer privaten Grundstücksfläche wird zugestimmt.

Entsprechend dem CDU-Antrag werden die im Rahmen des 100-Allenprogrammes des Landes NRW eingesparten Eigenmittel der Gemeinde in Höhe von 2.500,-- Euro für die Anschaffung von Spielgeräten zur Verfügung gestellt. Soweit beim Produkt 52 „Kinderspiel- und Bolzplätze“ (S. 352) Mittel bei den dort vorgesehenen Maßnahmen eingespart werden sollten, können diese ergänzend für den Spielplatz in Höpingen verwendet werden.

Die Anlegung des Spielplatzes in Höpingen erfolgt in enger Abstimmung und unter Mithilfe der betroffenen Eltern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Antrag der WIR-Fraktion vom 22.11.2006 zur Attraktivitätssteigerung der Kinderspielplätze für alle Ortsteile in Rosendahl
Vorlage: VII/515**

Ausschussmitglied Schröder teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Ansinnen des Antrages grundsätzlich folgen könne, es aber wenig Sinn mache, die Spielplätze nach dem Gießkannenprinzip flächendeckend zu verbessern. Er wiederholte den Wunsch seiner Fraktion nach einer statistischen Erhebung bezüglich der Nutzungsintensität der einzelnen Plätze und nach Aussagen über die Altersstrukturen in den einzelnen Wohngebieten. Auf der Grundlage dieser Erhebung könnten Kennzahlen gewonnen werden, die für eine Deklaration von Schwerpunktspielplätzen hilfreich seien. An diesen Stellen sei dann eine Investition auch lohnenswert.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass eine solche Erhebung kaum durchführbar sei. Wohl aber könne man Datenmaterial über die Alterstruktur von Wohngebieten zur Verfügung stellen.

Ausschussmitglied Söller erklärte, dass bei der Stadt Ahaus eine Erhebung für rd.

Herr Werremeier wies darauf hin, dass sich auch in Rosendahl die ländlichen Strukturen änderten und der Bedarf an Informationen gestiegen sei.

Ausschussmitglied Steindorf machte für die CDU-Fraktion deutlich, dass der Beitrag der Gemeinde Rosendahl durch die Jugendamtsumlage bereits sehr hoch und damit ausreichend sei. Weitere Kosten sollten seitens der Gemeinde nicht getragen werden. Er schlage vor, eine Synopse aus dem Modell aus Dormagen-Isselburg und dem Coesfelder Eltern-Projekt zu machen und auf Rosendahler Verhältnisse anzupassen (Gutscheine örtlicher Firmen, Übergabe durch Bürgermeister usw.).

Herr Werremeier verwies auf den enormen Umfang des Dormagener Modells, was möglicherweise abschreckend wirken könne. Weitere Sponsoren seien neben der Sparkasse Westmünsterland bewusst nicht eingebunden worden, damit das wesentliche Anliegen - die Information der Eltern - nicht unterginge. Wichtig sei das Weiterbildungsangebot der jeweiligen örtlichen Bildungsträger.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte Ausschussmitglied Weber, dass das Angebot grundsätzlich zu begrüßen sei, er aber eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde ablehne.

Ausschussmitglied Everding teilte mit, dass seitens der Kath. Bildungswerke der Aufbau einer Elternschule geplant sei. Hieran werde intensiv gearbeitet.

Ausschussmitglied Steindorf erkundigte sich, wer über die Beteiligung der jeweiligen Bildungsträger entscheide.

Herr Werremeier erläuterte, dass die Entscheidung vom Kreis getroffen werde, aber immer vom örtlichen Angebot anhänge und daher sehr vielfältige Träger eingebunden seien.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich ab August 2007 an dem Projekt des Jugendamtes des Kreises Coesfeld „Informierte Eltern haben´s leichter“.

Es wird aber erwartet, dass der Kreis Coesfeld die Finanzierung vollständig übernimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend verabschiedet Ausschussvorsitzende Everding Herrn Werremeier und dankte ihm.

Es wurde eine Sitzungspause von 5 Minuten eingelegt.

**7 Antrag der Voltigiergemeinschaft Rosendahl auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses für die Anschaffung eines Voltigiergurtes vom 04.01.2007
Vorlage: VII/509**

Vor der Beratung dieses Tagesordnungspunktes erklärte sich Ausschussmitglied Isfort für befangen und teilte mit, dass sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

Ausschussmitglied Steindorf richtete an die Ausschussvorsitzende die Frage, ob sich der Antrag möglicherweise durch die vor einigen Wochen getätigte Sachspende der WIR-Fraktion erledigt hätte und ob es sich um eine Fraktionsspende gehandelt habe.

Ausschussvorsitzende Everding bestätigte, dass es von der WIR eine Spende gegeben habe, diese aber für die Anschaffung eines Voltigiergurtes nicht ausgereicht hätte. Sie stellte jedoch klar, dass es sich um eine Spende der Mitglieder der WIR-Fraktion gehandelt habe.

Ausschussmitglied Wünnemann erkundigte sich nach dem vor einigen Jahren ebenfalls mit einem Zuschuss der Gemeinde angeschafften Voltigierpferd.

Ausschussmitglied Söller erklärte, dass es sich um einen zu trennenden Sachverhalt handele, da das heute noch eingesetzte Pferd vom Reiterverein Darfeld angeschafft worden sei. Hier hingegen läge ein Antrag der Voltigiergemeinschaft vor.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Voltigiergemeinschaft Rosendahl erhält für die Anschaffung eines Voltigiergurtes für die Jugendarbeit einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 450,00 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Isfort nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

8 Kulturprogramm 2008

**8.1 Vorstellung der Grundzüge des Kulturprogramms 2008
Vorlage: VII/510**

Produktverantwortliche Roters erläuterte kurz das bereits seit etlichen Jahren angewandte Konzept des Rosendahler Kulturprogramms, das sich bewährt habe und nunmehr auch mit dem Projekt der Rosendahler Kulturkarte eng verzahnt sei. Sie schlug daher vor, auch 2008 diese Konzeption beizubehalten.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss nimmt das Kulturprogramm des

Jahres 2008 und das zugrundeliegende Konzept zustimmend zur Kenntnis. Bei der Gestaltung des Kulturprogramms ist darauf hinzuwirken, dass sich aus den Einnahmen und Auszahlungen hinsichtlich der Kulturveranstaltungen ein maximaler Zuschussbedarf in Höhe von 5.500,00 € ergibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.2 **Erfahrungsbericht und Entscheidung über die Kulturkarte Rosendahl 2008** **Vorlage: VII/511**

Produktverantwortliche Roters wies auf die Notwendigkeit hin, neue Wege in der Kulturarbeit zu beschreiten, da die Konkurrenz in den umliegenden Gemeinden merklich wachse und ein generell zu verzeichnender Rückgang der Besucherzahlen sich bemerkbar mache. Die Rosendahler Kulturkarte könne dieser Entwicklung gegensteuern; ihre Einführung im Jahr 2006 sei zu einem richtigen Zeitpunkt vorgenommen worden. Angesichts der positiven Entwicklung halte sie es für sinnvoll, dieses Projekt auch im dritten Jahr fortzuführen.

Ausschussmitglied Klostermann regte an, auf die nur wenig nachgefragte 30 €-Kulturkarte zu verzichten und stattdessen nur eine Kulturkarte zu einem festen, aber höheren Preis anzubieten. Diese Karte solle dann übertragbar sein. Außerdem schlug sie vor, das Jazz-Konzert am Torhaus von Haus Holtwick nicht mehr auf den "Muttertag" zu legen und einen "Irishen Abend" mit in das Programm aufzunehmen.

Produktverantwortliche Roters erläuterte den Hintergrund für die gewählte Preisstruktur und die Bedeutung der Nichtübertragbarkeit der Karte.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass Überlegungen bestanden hätten, das jährliche Jazz-Konzert nach Osterwick anlässlich des Frühlingsfestes zu verlegen. Dieses sei aber nicht praktikabel, da das Jazz-Konzert mittlerweile ein fester Bestandteil des Kulturangebotes am Torhaus sei und in Kooperation mit dem Förderverein Torhaus Holtwick durchgeführt werde.

Ausschussmitglied Wünnemann äußerte sich anerkennend über die Qualität des Kulturprogramms und die positive örtliche und überörtliche Wahrnehmung.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss nimmt den Erfahrungsbericht über die Kulturkarte Rosendahl zur Kenntnis.

Der Fortführung der Kulturkarte Rosendahl in der bewährten Form wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 **Mitteilungen**

9.1 Verlegung Skateranlage auf dem Schulhof der Hauptschule

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass es im Zuge der Aufstellung der Holzhack-schnitzel-Container für die neue Heizungsanlage im Schulzentrum Osterwick notwendig sei, einen Teil der dort befindlichen Skateranlage zu entfernen.

Hinweis zum Protokoll:

Die Skateranlage wird nur um einige Meter versetzt werden müssen.

10 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

Es lagen keine Anfragen vor.

11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Es wurden keine Fragen gestellt.

Clara Everding
Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters
Schriftführer/in